

Wartezeiten von bis zu drei Jahren

Debatte über die Staatsbürgerschaft in der Ampelkoalition: „Besser als der Ruf“, FR-Meinung vom 7. Dezember

Eine verramschte Staatsbürgerschaft

Man sollte mit der Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft sehr sorgsam umgehen. Die doppelte Staatsbürgerschaft nur in Ausnahmefällen genehmigen. Es gibt ein Zitat: „Ich kann nicht Diener zweier Herren sein“, bekannt durch die Bergpredigt, Luther und Goethe. Dies gilt auch für eine doppelte Staatsbürgerschaft. Hier muss ich Herrn Dobrindt zustimmen.

Werden die Änderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft Gesetz, wird die deutsche Staatsbürgerschaft verramscht. Gisela Wilken, Maintal

Wer will überhaupt nach Deutschland?

Da haben wohl welche an der Uhr gedreht. Und diese um 50, 60 Jahre zurückgestellt! Damals wurde gegen die Menschen aus dem südeuropäischen Raum gehetzt. Nachdem sich nach und nach Pizza, Spaghetti, Gyros, Paella als genießbar erwiesen, rückten die Menschen vom Balkan in den Fokus der Fremdenfeindlichkeit, darauf folgten die Menschen aus der Türkei, schließlich die aus Nordafrika.

Die ewiggestrige Biedermänner- und Brandstifterinnen-Mentalität dämmert so vor sich hin, nur um bei der nächstbesten Ge-

legenheit eruptiv auszubrechen. Es reicht eben nicht, eines dieser Wischkästchen unfallfrei bedienen zu können, um im Hier und Jetzt der „Moderne“ angekommen zu sein! Was haben wir die Globalisierung gefeiert! Jetzt, wo sie zu uns kommt, wird es für die Konservativen scheinbar ungemütlich. Sie reden immer von den vermeintlichen „Parallelwelten“. Als was würden sie denn ihre eigenen Welten bezeichnen? Hier wird nicht am rechten Rand gefischt, das ist der rechte Rand!

Vielleicht wollen ja gar nicht alle nach Deutschland (wie neue Studien belegen) und der deutsche Pass ist schon Ramschware!?

Den Ämtern fehlt die nötige Einsicht

„Vorwärts zurück in die Robert-Koch-90er Jahre!“ Dieses Motto der Merz-CDU hat Bascha Mika mit klaren Worten kommentiert. Dabei ist es höchste Zeit für die Reform des Einwanderungsrechts (die teilweise auf Vorschlägen der Süsmuth-Kommission von 2001 beruht!) sowie des Staatsbürgerrechts.

Wie die Praxis der Ämter heute aussieht, lässt sich am Fall eines Bekannten aus der Umgebung von Frankfurt demonstrieren: Flüchtling aus Syrien, seit 2014 in Deutschland, seit Jahren steuer- und sozialabgabenpflich-

tige Arbeitstätigkeit als IT-Fachmann, B2-Zertifikat in Deutsch, versuchte seit Februar 2021 einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen. Beim Einbürgerungsbüro seiner Gemeinde wartete er bis Februar 2022, also ein Jahr, bis er seinen Antrag endlich abgeben konnte, der an das Regierungspräsidium Darmstadt weitergeleitet wurde. Dabei erfuhr er, dass die Wartezeit bis zur Bearbeitung elf bis zwölf Monate und die Bearbeitung selbst rund zehn bis zwölf Monate in Anspruch nehme. Also bis zu drei Jahre Wartezeit!

Daraufhin wandte er sich an die Bürgerbeauftragte des Regierungspräsidiums. In einem Antwortschreiben, das bezeichnenderweise mit der Formulierung „Zunächst ist festzuhalten...“ begann, erfuhr er nur eine Rechtfertigung für die lange Verzögerung und eine Bitte um Geduld. Seine konkreten Fragen wurden dagegen nicht beantwortet.

Bei allem Verständnis für die spezielle Situation in der Corona-Pandemie drängt sich hier doch der Eindruck auf, dass im Gegensatz zum oft betonten Bedarf an qualifizierten und integrierten eingewanderten Fachkräften in den zuständigen Ämtern das nötige Engagement fehlt, sinnvolle und notwendige Einbürgerungen in angemessener Zeit zu bearbeiten.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Stundenlang im Stau

Zu: „Kein Ausbau von A3 und A5“, FR-Regional vom 5. Dezember

Die Grünen haben vor rund 20 Jahren verhindert, dass die Autobahn gebaut wird, um den Riederwald zu entlasten. Diese Partei hat damit erheblich dazu beigetragen, dass die Riederwälder Verkehrslärm und Abgase rund 20 Jahre ertragen mussten. Und die Bürger, die diese Strecke benutzen mussten, standen stundenlang täglich im Stau. Toll. Das ist Weitblick!

Jetzt den Ausbau von A3 und A5 verhindern zu wollen, zeigt die gleiche Denke. Der Individualverkehr wird durch die gewollte E-Mobilität umweltfreundlich, trotzdem soll er eingebremst werden. Es wird vergessen, dass der Individualverkehr es zulässt, dass ich meinen Wohnort frei wählen kann, den Arzt, die Schule für meine Kinder, den Verein, meine Freizeit, letztlich freie Arbeitgeberwahl.

All dies wollen die „Grünen“ erschweren. Klasse! Dies deutet auf gewisse Defizite hin. Solche Fachkräfte benötigt unser Land nicht. Wolfgang Brillisauer, Hofheim

Stoppt diesen Irrsinn!

Artemis 1: „Nasa in Feierlaune“, FR-Panorama vom 13. Dezember

Wir sind im Höllentempo dabei, den Planeten Erde zugrunde zu richten, und uns gleich mit, und dennoch gibt es Weltraumtourismus und ernsthafte Pläne, Menschen auf den Mond und den Mars zu schicken (Letzteres würden die Raumfahrer nicht überleben), obwohl man ähnliche Erkenntnisse/Ergebnisse auch mit unbemannten bzw. -bemannten Missionen erreichen könnte. Gibt es denn keine Leute an den entscheidenden Stellen, um diesen Irrsinn zu stoppen?

Mechtild Frey, Ofterdingen

SORRY

Stichwort Kernfusion. Die FR berichtete über bahnbrechende US-Erfolge auf diesem Feld der Hochtechnologie via Titelseite vom 14. Dezember und kommentierte im Leitartikel desselben Tages. Das Prinzip: Wasserstoff wird zu Helium verschmolzen, so wie im Inneren der Sonne, und dabei entsteht eine Menge Energie. Das Schöne daran: Es ist das Gegenteil von Kernspaltung. Das weniger Schöne: Der Aufwand ist enorm. Und jetzt das am Unschönsten: Bei den Messversuchen schwanken die Zahlen enorm. So kam es, dass wir auf der Titelseite der FR von einer Energieausbeute von „circa 2,5 Megajoule“ geschrieben haben und im Leitartikel von 3,15 Megajoule. Letztere Zahl war korrekt - die ergültige Messung. Der erste Wert war eine vorläufige Schätzung. Beides sind trotzdem gute Werte. Vielleicht bedrückt man für die Zukunft der Menschheit.

Anspruchsvolle Energieberatung

Wärmepumpen: „Pullover und Pumpen“, FR-Politik vom 19. November

Wer ins Auge fasst, seinen Altbau auf Wärmepumpe umzurüsten, steht vor großen Herausforderungen. Wie vielfach zu lesen, ist eine Berechnung der Heizlast des Altbaus unabdingbar, um sicherzustellen, dass die Wärmepumpe richtig dimensioniert wird, d.h. nicht zu wenig und nicht zu viel kW hat. Ist sie zu klein dimensioniert, wird die Wohnung nicht warm. Ist sie zu groß dimensioniert, wird unnötig viel Strom verbraucht. Auch grüner Strom wird schon im Hinblick auf die ungeheure Nachfrage in den nächsten Jahrzehnten teuer bleiben.

Ein Hersteller von Wärmepumpen schreibt dazu: Der

Wärmeerzeuger wird nach der berechneten Heizlast ausgewählt. Die Heizlast wird in kW angegeben. Neben der Heizlast ist häufig vom Wärmebedarf die Rede. Diese Begriffe sollten jedoch nicht in einen Topf geworfen werden, da sie unterschiedliche Aussagen über das Gebäude machen. Während die Heizlast Hinweise zur Kesselleistung gibt, gibt der Wärmebedarf an, welche Energiemenge je Quadratmeter aufgebracht werden muss...Er wird in kWh pro Jahr berechnet. Auch das Umweltbundesamt empfiehlt: Lassen Sie von einer Fachkraft die passgenaue Dimensionierung der Wärmepumpe berechnen: Berech-

nung der Heizlast mit/ohne Trinkwassererwärmung (keine einfache Schätzung!). Die Berechnung der Heizlast bestimmt sich nach DIN EN 12 831: Wie viel kW muss die Wärmepumpe haben, damit es auch bei minus zehn Grad noch hinreichend warm wird. Der Energieberater muss also in der Lage sein, die energetische Qualität des Altbaus zu beurteilen, was anspruchsvoll ist, wenn keine Baupläne mehr vorhanden sind. In der Regel wird eine Wärmepumpe ohne erhebliche Dämmmaßnahmen keinen Sinn machen, selbst wenn bereits eine Fußbodenheizung vorhanden sein sollte. Heinz Dillmann, Seligenstadt

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221213

Trotz schlimmer Bilanz liefern wir Waffen

Waffen für Saudi-Arabien: „Grünes Bündnis attackiert Baerbock und Habeck“, FR-Politik vom 7. Oktober

Im Oktober dieses Jahres wurde es klar: Deutschland genehmigte Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Es geht um Kampfflugzeuge und Munition. Deutschland hofft offenbar, Öl und Wasserstoff dafür zu bekommen. Im aktuellen Koalitionsvertrag war das nicht vorgesehen.

Saudi-Arabien ist im Jemenkrieg militärisch engagiert. Die Vereinten Nationen melden 380.000 Tote, vier Millionen Flüchtlinge und etwa 19 Millio-

nen Menschen, die Hunger leiden. Eine schlimme Bilanz. Nach informierten Berichten bombardiert Saudi-Arabien auch Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen.

Wenn die Ampelkoalition die Außenpolitik insofern auch moralisch auflädt, indem sie behauptet, es ginge um Menschenrechte, verliert sie hier ihre Glaubwürdigkeit. Menschenrechte gibt es in Saudi-Arabien nicht, das Herrscherhaus re-

giert islamisch-fundamentalistisch: Todesstrafe, Folter, keine Presse- und Religionsfreiheit, keine Frauenrechte. Auch der Kriegsgegner im Jemen, der Iran, hat mit Menschenrechten nichts am Hut, wie die aktuelle Liquidierung und Niederknüpfung von Demonstranten beweist. Warum versucht man nicht, durch ein multilaterales Rüstungsembargo diesen Krieg zu beenden?

Christian Schauer, Alzenau